

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 17. April 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 16/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) KSZE-Bonner Wirtschaftskonferenz vom 19. März- 11. April 1990	2
2) Bankbeziehungen Schweiz - Japan	4
3) Gipfelkonferenz über Drogenfragen (London, 9. - 11. April)	5

KSZE-Bonner Wirtschaftskonferenz vom 19. März - 11. April 1990

Am 11. April 1990 wurde die Bonner Wirtschaftskonferenz vom bundesdeutschen Wirtschaftsminister Haussmann abgeschlossen. Zuvor hatten die 35 Delegierten das von den vier Neutralen sowie von Jugoslawien und Liechtenstein koordinierte Schlussdokument verabschiedet.

Die letzte Phase der Bonner Tagung bestand in der Plenarsitzung, an der fast alle Teilnehmerstaaten auf Ministerebene vertreten waren und die Konferenzergebnisse würdigten. Namens der Schweiz sprach am 10. 4. 1990 Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Der Vorsteher des EVD erinnerte an die politische Revolution, welche Osteuropa im letzten Jahr erfasst habe. Nun gelte es, die wirtschaftliche Revolution durchzuführen. Diese stelle jedoch hohe Ansprüche und werde viel Zeit in Anspruch nehmen. Im übrigen erwähnte Bundesrat Delamuraz die Möglichkeit, durch vertragliche Beziehungen der EFTA die Oststaaten je nach dem Fortschritt ihrer Reformen in den westeuropäischen Integrationsprozess einzubeziehen. Das Dokument der Bonner Konferenz bringe zum Ausdruck, dass unter den Teilnehmerstaaten Einigkeit darüber bestehe, dass die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder und die Beziehungen untereinander auf die Grundlage der Marktwirtschaft zu stellen seien.

Im übrigen benutzte Bundesrat Delamuraz seinen Kurzaufenthalt in Bonn, um sich mit dem Stellvertretenden Ministerpräsident der Sowjetunion, Sitarian, dem Industrie- und Handelsminister Irlands, O'Malley, und dem Bundeswirtschaftsminister Haussmann zu treffen.

Die Bonner Konferenz war im Januar 1989, am Ende des Wiener KSZE-Folgetreffens, vereinbart und mit einer verbindlichen Traktandenliste versehen worden. In Anbetracht der Hinwendung der östlichen Teilnehmerstaaten zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen und zu einer Anerkennung der Nützlichkeit der internationalen Arbeitsteilung musste diese Traktandenliste als eng und punktuell erscheinen, wurde aber nicht in Frage gestellt, da innerhalb des KSZE-Rahmens eine neue Aushandlung nicht möglich war. Immerhin geht das Dokument in zweierlei Hinsicht über das Mandat der Konferenz hinaus. Einmal unterstreicht die Präambel den Zusammenhang von pluralistischer Demokratie, Freiheitsrechten und Marktwirtschaft und führt einige Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Ordnung an.

Sodann wird in zwei mühsam ausgehandelten, selbst innerhalb der EG stark umstrittenen Absätzen der Follow-up umschrieben: Einerseits sei innerhalb der KSZE die Möglichkeit einer weiteren Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu prüfen, und andererseits werden die UNO-Wirtschaftskommission für Europa und die OECD aufgefordert, ihr Fachwissen für die Reformprobleme einzusetzen.

Die von den meisten Delegationen benützte Gelegenheit, auch Vertreter der Wirtschaft teilnehmen zu lassen, hat sich im grossen Ganzen günstig ausgewirkt. Die Konferenz trug damit dem Umstand Rechnung, dass in einem marktwirtschaftlichen System auch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in erster Linie Unternehmenstätigkeit ist und dass deshalb die Regierungen den unternehmerischen Initiativen und Bedürfnissen einen entsprechenden Rahmen zu geben haben.

Das Bonner Dokument entspricht auch den Schweizer Erwartungen. Es wird als eine nützliche Referenz für den Aufbau der Marktwirtschaft in Osteuropa und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West dienen.

Bankbeziehungen Schweiz - Japan

Mit Gesprächen im japanischen Finanzministerium (MOF) und bei der Zentralbank (BOJ) führte der Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes am 10./11.4.1990 eine Diskussion im Finanz- und Bankbereich fort, welche seit einigen Jahren einen Schwerpunkt unserer guten bilateralen Beziehungen zu Japan darstellt. Angesichts der Anstrengungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes erhielten die Gespräche eine erweiterte, über das rein bilaterale Verhältnis hinausgehende Bedeutung : Sie sollten und sollen aufzeigen, dass die Schweiz in einer Zeit wachsender Integration der Substanziierung aussereuropäischer Kooperationsprozesse grösstes Gewicht beimisst sowie gewillt und fähig ist, eine autonome Finanz- und Bankpolitik zu führen.

Mit Befriedigung kann festgestellt werden, dass Japan seit dem letzten formellen Treffen 1988 in Bern weitere Liberalisierungsschritte unternommen hat. Wenn unsere Finanzinstitute auch noch Behinderungen bezüglich effektivem Marktzugang und Geschäftsmöglichkeiten ausgesetzt sind, so gelang es trotzdem, spezifische Verbesserungen auszuhandeln, welche unseren langfristigen Zielen entsprechen, nämlich Schaffung gleich langer Spieße für alle Finanzintermediäre mit der Möglichkeit eines jeden, seine kompetitiven Vorteile auszuspielen. So konnten namentlich im Edelmetall- und Anlagefondsgeschäft sowie hinsichtlich der Refinanzierungsbedingungen Zusagen erreicht und Verbesserungen notiert werden. Für das laufende Fiskaljahr wurden der Schweiz zudem weitere Liberalisierungsschritte mit erga omnes-Wirkung versprochen.

Dem MOF wurde seinerseits zugesichert, dass die am 1.1.1990 in Kraft getretene revidierte Bankenverordnung weder Natur noch Gewicht unserer Reziprozitätspolitik verändere und die Schweizer Behörden bei der Umwandlung der rund 30 existierenden japanischen Finanzgesellschaften in Banken Flexibilität an den Tag legen würden, sofern lediglich das Gegenrechtserfordernis (noch) nicht erfüllt sei. Die genaue Anzahl der den Japanern für dieses Jahr in Aussicht gestellten Banklizenzen sowie der Zeitpunkt ihrer Gewährung hängen von der Klärung einiger noch offener Fragen ab, welche in den nächsten Wochen und Monaten erfolgen dürfte.

Im übrigen liess sich die Schweizer Delegation von MOF und BOJ, aber auch im Gespräch mit Schweizer Bankenvertretern und japanischen Finanzfachleuten davon überzeugen, dass der Einbruch der Tokioter Börse und die anhaltende Yen-Schwäche den Liberalisierungsprozess im Finanz- und Bankbereich nicht bremsen werden.

Gipfelkonferenz über Drogenfragen (London, 9.-11. April)Kurzbericht der schweizerischen Delegation

Vom 9. bis zum 11. April fand in London die Weltministerkonferenz zur Reduktion der Drogennachfrage und zur Bekämpfung der Kokain- gefahr statt, zu der die britische Regierung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen eingeladen hatte. Die Konferenz wurde durch Ansprachen von Premierministerin Thatcher, Präsident Barco von Kolumbien und Generalsekretär Perez de Cuellar eröffnet und tagte anschliessend in zwei Ausschüssen, die den beiden Hauptthe- men Nachfragereduktion und Kokain gewidmet waren. Diese beiden Themen widerspiegeln den Willen, das Drogenproblem auf ausgewoge- ne Weise anzugehen und von gegenseitigen Schuldzuweisungen zwis- chen Produzenten- und Konsumentenländern wegzukommen, der die Konferenz geprägt hat. Die erschreckende Zunahme des Konsums von Drogen und psychotropen Substanzen auch in Ländern der Dritten Welt sowie das Uebergreifen der Kokainwelle auf Westeuropa haben ohnehin viel zum Abbau alter Frontstellungen beigetragen.

Die schweizerische Delegation stand unter der Leitung von Profes- sor Beat Roos, Direktor des Bundesamts für Gesundheitswesens, und umfasste den Präsidenten der Subkommission Drogenfragen der Eidge- nössischen Betäubungsmittelkommission, Dr. med. François van der Linde, sowie Vertreter von EDI, EJPD und EDA. Sie beteiligte sich aktiv an den Arbeiten der beiden Unterausschüsse sowie an den Verhandlungen über die politische Erklärung der Konferenz, die nach langem Seilziehen zu einem ausgewogenen Dokument geführt haben.

Die schweizerische Erklärung legte das Schwergewicht ebenfalls auf den ausgewogenen Ansatz zwischen Nachfrage- und Angebotsre- duktion, wobei den Fragen von Prävention und Therapie das Haupt- augenmerk geschenkt wurde. Ebenfalls wichtig war für die Schweiz die Präsentation konkreter schweizerischer Schritte im Bereich

der Unterbindung der Geldwäscherei und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Am Vorabend der Konferenz fand ein Treffen der Pompidou-Gruppe (Drogenzusammenarbeit im Rahmen des Europarats) auf Ministeriebene statt, an dem die Schweiz, vertreten durch Professor Roos, ebenfalls teilgenommen hat. Die Pompidou-Gruppe beschloss, Polen, Ungarn und Jugoslawien, noch bevor die Frage des Status dieser Länder im Europarat entschieden ist, als Vollmitglieder aufzunehmen. Der Tschechoslowakei wurde vorderhand die Mitarbeit in den technischen Arbeitstgruppen der Pompidou-Gruppe gewährt. Ohne Zweifel wird die Frage der Mitgliedschaft anderer osteuropäischer Staaten die Pompidou-Gruppe in Zukunft erneut beschäftigen.



K. Jacobi

An: EDA
Telegrammenst
3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse für Telegramme an Dritte

i. A. 22.14.7.3.-CB/SRA

Chiffriert <input type="checkbox"/>	Priorität <input type="checkbox"/>	Faktura <input type="checkbox"/>	Text erg. <input type="checkbox"/>	R.I. <input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Norm.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Dring.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/> Flash			

Absender	Seite-Nr.
Presse und Info	1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 16/90 du 17.04.1990

1) IKRK-Geiseln im Libanon, letzte Entwicklungen

2) Réunion préparatoire en vue de la constitution de la Banque Européenne pour la Reconstruction et le Développement (BERD), Paris, 9 avril 1990

1) IKRK-Geiseln im Libanon, letzte Entwicklungen

1) Der Departementschef empfing am 5. April 1990 die Familienangehörigen von Emanuel Christen und Elio Erriquez. Anschliessend trafen sie sich mit Mitgliedern Krisenstaebe des EDA und des IKRK. Dabei wurden die Angehörigen in genereller Weise ueber die Arbeitsweise der beiden Krisenstaebe, die Demarchen, die unternommen wurden, sowie die Schwierigkeiten, auf die sie dabei stossen, orientiert. Von beiden Seiten wurde diese Kontaktnahme als positiv beurteilt und Sie duerfte sich bei den Angehörigen nicht zuletzt in psychologischer Hinsicht guenstig ausgewirkt haben.

2) Wie Sie vermutlich Pressemeldungen entnommen haben, ging am

5.10.1985 300 0000 300 000

Datum 17.04.1990

Visum

Telex-Nr. 30 66

Referenzen und Initialen

Adresse für Telegramm an Dritte

Chiffriert Priorität Faktura Text erg. F.I.

Absender

Seite-Nr.

Ja Nein Norm. Dring. Flash

3

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

2) Réunion préparatoire en vue de la constitution de la Banque Européenne pour la Reconstruction et Le Développement (BERD), Paris, 9 avril 1990

Une réunion cruciale de la Conférence préparatoire en vue de la constitution de la BERD a eu lieu à Paris le 9 avril 1990. Elle a permis d'aboutir à un accord sur le projet de statuts de la nouvelle institution ainsi que sur un rapport interprétatif du Président de la Conférence. Le texte des statuts a été paraphé par les Chefs de délégation en fin de réunion. Le seul point encore ouvert est la question du siège social de la BERD, qui n'a pu être discutée en raison de la multitude des candidatures en présence et de l'absence de consensus entre pays de la Communauté Européenne, lesquels en revendiquent néanmoins la prérogative. De même, aucune décision n'a pu intervenir sur la personne du futur Président de la Banque (le Français Jacques Attali et le Néerlandais Onno Ruding sont toujours en lice).

Une nouvelle réunion prévue aux alentours du 10 mai pourrait permettre, le cas échéant, de réaliser le consensus nécessaire. La Conférence ministérielle de constitution de la Banque et de signature de l'Accord y relatif se tiendra pour sa part en marge de la prochaine réunion ministérielle de l'OCDE et a été prévue pour le 30 mai.

Les statuts devront être ratifiés en principe d'ici au 31 mars

Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F. I.

Absender

Seite-Nr.

Ja

Nein

Norm.

Dring.

Flash

4

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

1991, mais la Banque pourra commencer ses activités dès que les instruments de ratification de membres disposant de 2/3 du capital auront été déposés.

La future institution comprendra finalement 42 membres fondateurs: 24 pays de l'OCDE, 8 pays bénéficiaires (Bulgarie, DDR, Hongrie, Pologne, Roumanie, Tchécoslovaquie, URSS, Yougoslavie), La Communauté Européenne représentée par la CCE, la Banque Européenne d'Investissement ainsi que 8 petits pays ayant décidé de participer pour des raisons parfois évidentes, parfois plutôt obscures (Liechtenstein, Chypre, Malte, Egypte, Israël, Maroc, Corée du Sud, Mexique).

Les éléments suivants de l'Accord et des débats méritent d'être relevés:

- Le but tout à fait spécifique de la BERD est de favoriser la transition vers l'économie de marché et de promouvoir l'initiative privée et l'esprit d'entreprise dans les pays d'Europe centrale et orientale "qui s'engagent à respecter et à mettre en pratique les principes de la démocratie pluraliste ("multi-party democracy"), du pluralisme et de l'économie de marché". Le principal obstacle politique au succès de l'entreprise, à savoir les réticences américaines et japonaises à l'éligibilité soviétique aux prestations de la Banque, a été surmonté par l'adoption d'un article 8 dont l'effet est de limiter, durant une période de 3 ans, l'accès de l'URSS aux ressources de

Datum

Visum

Tel. intern.

Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg. R.N.

Absender

Seite-Nr.

5

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

L'institution à sa part libérée au capital.

- La Banque pourra effectuer les opérations traditionnelles des banques de développement auxquelles s'ajouteront d'importantes fonctions d'assistance technique et de conseil. Toutefois, son action de financement sera subsidiaire : la BERD s'abstiendra lorsque les pays bénéficiaires seront en mesure d'obtenir des prestations similaires d'autres partenaires à des conditions considérées comme raisonnables. Par ailleurs, l'on a limité le cercle des bénéficiaires ultimes des prestations aux entreprises du secteur privé, aux "entreprises du secteur étatique opérant sur des bases concurrentielles et se préparant à fonctionner selon les règles de l'économie de marché" et à toute "entreprise du secteur étatique, en vue de favoriser sa transition vers l'actionnariat et le contrôle privés". De surcroît, 40 pour-cent au plus des prestations de la Banque seront dirigées vers les entreprises du secteur étatique, globalement et par pays bénéficiaire.

- Le capital a été fixé à 10 mia. d'ECU, et le montant libéré sera de 30 pour-cent payables sur 5 ans par moitié en "cash" et par moitié sous forme de billets à ordre ("notes") non porteurs d'intérêt.

Les monnaies de paiement seront l'ECU, le dollar et le yen. Le taux de l'ECU a été fixé sur la base d'une période de référence

Datum

15/11/77

Tel. Nr.

Referenzen und Inhalt				Adressen für Telegramm Dienst							
Chiffriert		Priorität		Rekurs		Teilerg.		Absender		Seite-Nr.	
											6
Ja		Kein		Norm.		Dring.		Platz			
Empfängercode		Empfängercode		Empfängercode		Empfängercode		Empfängercode		Empfängercode	

allant du 30.09.1989 au 31.03.1990 (concession aux Etats-Unis)

- Le Conseil d'administration comprendra 23 membres résidents.

Les parts au capital se répartissent entre 4 grandes catégories de pays élisant chacune un nombre déterminé d'administrateurs exécutifs :

Communauté européenne : 51 pour-cent du capital, 11 administrateurs (12 pays plus CE et BEI)

Autres pays européens : 11,37 pour-cent du capital, 4 administrateurs (11 pays)

Pays bénéficiaires : 13,45 pour-cent du capital, 4 administrateurs (8 pays)

Pays non-européens : 24,1675 pour-cent du capital, 4 administrateurs (9 pays)

Non alloué : 0,0125 pour-cent du capital

Douze membres auront la possibilité de désigner un administrateur et son suppléant à eux seuls : USA (10 pour-cent), France, Italie, RFA, Royaume-Uni, Japon (chacun 8,5175 pour-cent, URSS (6 pour-cent), Espagne (3,48 pour-cent), Canada (3,4 pour-cent), CE et BEI (chacune 3 pour-cent), Pays-Bas (2,48 pour-cent). Les onze autres directeurs seront élus par des groupes de vote. Les pays suivants seront vraisemblablement chefs de file de tels groupes de vote :

Date: _____
Tel: _____

Referenzen und Initialen _____

Adresse (nur Telex an Dritte) _____

Chiffrier: _____ Priorität: _____ Faksimile: _____ Text erg: _____ F.I. _____

Absender: _____ Seite-Nr. _____

Ja Nein Norm. Dring. Flash

7

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

Belgique, Danemark, Grèce, Autriche, Suède, Suisse,
Finlande/Norvège, RDA, Pologne, Tchécoslovaquie, Australie.

- D'une manière générale, la Suisse peut être satisfaite du résultat de la négociation. La claire orientation vers le soutien à l'économie privée, de même que les conditionnalités démocratique et économique correspondent aux options partagées et défendues par la Suisse dès le départ. Les interventions suisses visant à faire apparaître la Banque comme une institution européenne plutôt que communautaire ont abouti. La majorité de 2/3 pour les décisions de politique générale du Conseil d'administration, qui découle d'une initiative suisse soutenue notamment par les pays de l'AELE, les Etats-Unis et le Japon, a été acceptée. Enfin, la Suisse, qui formera un groupe de vote avec la Turquie et le Liechtenstein (au total 3,45 pour-cent du capital), s'est assuré un siège permanent au Conseil d'administration. La part suisse au capital (2,28 pour-cent) représente environ Fr. 410 mio., la part libérée Fr. 123 mio.

La délégation suisse était dirigée par le Secrétaire d'Etat Blankart accompagné de MM. Fivat (SEF) et Martinelli (Ambassade Paris).

Date: _____

Visum

Signature: _____

Références et initiales

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Adresse (ou Telex) au Dresseur

Chiffret: _____

Priorité: _____

Facture

Texting

Et

Appender

Série/n°

Presse und Info

1

Ja

Non

Norm.

Urg.

Expr.

Emetteurcode

Emetteurcode

Emetteurcode

Emetteurcode

Emetteurcode

Emetteurcode

wochentx

Télégramme d'information (rapport annoncé dans les
"informations hebdomadaires rapides" no 16/90)

Consultations de Gerzensee, les 11-12 avril 1990

1. La consultation des Ambassadeurs sur les pourparlers pays de l'AELE/CE concernant l'Espace Economique Européen (EEE) s'est tenue à Gerzensee les 11 et 12 avril 1990. Trois thèmes à l'ordre du jour: bilan des pourparlers exploratoires et perspectives, état de la réflexion sur l'EEE dans les pays membres de la CE et de l'AELE, stratégie de négociations.
2. Le bilan des pourparlers exploratoires est jugé dans l'ensemble positif, même si les deux questions centrales de la co-décision et des exceptions non limitées dans le temps restent encore largement ouvertes. Principaux facteurs de progrès: le renforcement de la cohésion entre pays de l'AELE, encore que cette cohésion reste fragile, et le redéploiement en cours des

Date: 17.04.1990

de: 30 66



Referenz-Nr.					
Datum					
Ja	Nr.				
Empfänger					

2

relations européennes dans leur ensemble qui exerce une influence plutôt positive sur l'attitude de la CE dans le cadre du processus EEE. Les pays de l'AELE sont donc aujourd'hui en meilleure posture pour faire valoir leur plate-forme. Reste que la négociation s'annonce très difficile, précisément sur les points de la co-décision et des exceptions non-limitées dans le temps.

3. Au défi de la négociation va s'ajouter un défi de politique intérieure tout aussi difficile à relever. Le futur traité EEE devrait avoir des effets importants sur la démocratie directe, dont l'exercice pourrait être limité. Le fédéralisme ne devrait pas non plus rester intouché, puisque les cantons auraient à ajuster leurs droits dans plusieurs domaines comme les marchés publics, l'exercice des professions réglementées, les aides publiques... Indépendamment de ces aspects, il faut aussi compter avec d'importantes modifications du droit suisse pour l'adapter à celui du traité. Devant l'ampleur de ces répercussions se pose la question de l'acceptabilité du traité sur le plan intérieur suisse et donc de la politique d'information. Des efforts accrus sont nécessaires dans ce domaine.
4. La discussion a aussi porté sur la question de savoir quelles cartes jouer en cas d'échec du projet EEE. Dans les circon-

Referenz: Ant: EDA					Adresse: Ant: EDA	
Chiffriert	Priority	Faktura	Textiere	ET	Abstand	Sicherheit
						3
Ja	Nein	Nein	Ding	Fast		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

stances actuelles, le projet EEE est la seule voie praticable, car elle ménage à la fois nos spécificités, dans une large mesure, et la nécessité de s'ouvrir à l'Europe. Actuellement, pas de véritables alternatives au projet EEE qui est le but de notre politique d'intégration. Reste que l'expérience de ces derniers mois a montré que le potentiel de surprise est élevé en Europe et qu'une option telle que l'adhésion ne peut-être exclue une fois pour toutes. D'où l'utilité de scénarios préparés à l'avance, qu'il s'agisse de l'adhésion, comme d'ailleurs de l'Alleingang, pour toute éventualité.

5. Les réflexions en cours dans les capitales européennes sont dans l'ensemble favorables à l'EEE. Tel est bien entendu le cas dans les capitales des pays de l'AELE, encore que l'idée d'un EEE comme but de la politique d'intégration, qui prévaut aussi dans les pays nordiques, pourrait perdre de sa fermeté s'il devait apparaître que la négociation ne peut aboutir à un résultat satisfaisant. Dans les pays membres de la CE, les pays de l'AELE peuvent compter, dans l'ensemble, sur un capital de sympathie, même si ce projet EEE n'est pas traité partout avec la même priorité, surtout face aux développements du projet d'Union économique et monétaire et des relations avec les pays de l'Est. Les raisons de soutenir l'EEE peuvent être différentes, sans pour autant s'exclure. L'EEE peut être considéré comme un moyen d'éviter une cascade de demandes d'adhésion, pour certains inopportunes en ce moment, comme une formule d'intégration intéressante par sa flexibilité, qui doit permettre d'éviter le risque d'eurocentrisme, par le

Datum: _____
Tel. intern: _____

Referenzen und Inhalte

Adresse für Telegramm-Entwurf

Chiffrierung: Platz Rechts Text etc. RI

Abseher: _____

5

Ja Nein Norm Dring Platz

Empfängercode: _____ Empfängercode: _____ Empfängercode: _____ Empfängercode: _____ Empfängercode: _____ Empfängercode: _____

decision shaping, elle devrait être aussi intense que possible, la formule la plus efficace ne pouvant être à cet égard que celle des groupes à 19 et non pas un modèle à 2 piliers. S'agissant des exceptions non limitées dans le temps, justifiées par la sauvegarde d'intérêts fondamentaux (stabilisation de la population étrangère, Lex Furgler, transit routier...), nos revendications sont également légitimes dans leur principe: d'une part, parce que si nous n'avions pas de spécificités à sauvegarder, nous n'aurions pas besoin d'un traité sur l'EEE, mais nous pourrions adhérer à la CE. D'autre part, parce que la contribution de notre économie au développement économique de la CE est suffisamment importante: elle équivaut à une Vorleistung d'environ un million de postes de travail (600'000 ressortissants communautaires travaillant en Suisse, 400'000 travaillant pour des entreprises suisses dans la CE, sans parler de l'important excédent de la CE dans son commerce avec la Suisse). La Suisse ne vise pas à obtenir de la CE plus que ce qu'elle-même peut lui donner en contrepartie.

C'est en se fondant sur ces grandes lignes que le Conseil fédéral devrait adopter le mandat de négociation de la délégation suisse dans le courant du mois de mai et que devrait être entrepris le travail de persuasion de nos représentations diplomatiques auprès des différents acteurs, directs et indirects, de la négociation (Commission, parlement européen, gouvernement des Etats membres de l'AELE et la CE, groupes de pression) dans les capitales européennes.

Date: _____
Révisé: _____

Telegraphendienst
3000 Bern

Referenzen: _____ Adresse: _____

Chiffert: _____ Absence: _____

Ja: _____ 6

Employment: _____

Pour le déroulement de la négociation, il faudra s'en tenir aux principes du parallélisme/interdépendance entre la progression sur le volet institutionnel et sur la substance (notamment le catalogue des exceptions). K. Jacobi.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Date: _____
 Tel. intern: _____

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

(standardI
listint)

Bern, den
18.04.1990

Original direkt weitergeleitet

L. A. 22.14.7.3,

Interne Verteilerliste

Betrifft: **IH + DP 16/90 vom 17.04.1990**

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Hr. von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

./.

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUG
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädorsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)
- alle Bundesräte (für Info hebdo)

* Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP

